

Wie der Univertrag die beiden Basel entzweit

Es geht um Geld und alte Vorurteile Die Baselbieter Regierung hat den Universitätscampus auf dem Dreispitz gestoppt – und damit ein weiteres Kapitel einer langen Leidensgeschichte aufgeschlagen.

Benjamin Wirth

Eigentlich haben viele gehofft, dass es ruhiger wird. Dass Basel-Stadt und Baselland wieder näher zueinanderfinden, alte Resentiments beiseitegelegt werden und die angeknackste Partnerschaft gestärkt wird. Nun ja.

Die (leisen) Hoffnungen auf eine angenehmere bikantonale Zusammenarbeit, die sich in der polit-medialen Blase erst vor ein paar Tagen, nachdem das Baselbiet entgegen allen Erwartungen eine positive Jahresrechnung präsentierte, breitgemacht haben: Sie haben sich bereits wieder zerschlagen. Die Unstimmigkeiten zwischen den beiden Nachbarkantonen bleiben. Das hat der jüngste Entscheid der Baselbieter Regierung verdeutlicht.

Nach reiflicher Überlegung gab Baselland bekannt, die Entwicklung des Bauprojekts Dreispitz in Münchenstein vorerst nicht weiter voranzutreiben – was die Basler Politik schäumen liess, da sie davon nichts gewusst haben wollte. Der Entscheid ist ein Paukenschlag, der nachhallen dürfte. Ein weiteres Kapitel einer partnerschaftlichen Kontroverse.

Bemerkenswert ist allerdings auch das Thema, um das es geht. Zwar macht sich in beinahe allen wichtigen Fragen ein unterschiedliches Selbstverständnis zwischen den beiden Nachbarn bemerkbar, doch die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel ist in diesem Schlagabtausch ein entscheidendes Dossier. Es lässt sich an der anhaltenden Debatte auch gut ablesen, welcher intensiven Belastungsprobe die Beziehung in den letzten Jahren ausgesetzt war.

Basler Identität stärker an Uni gebunden

Anfangen hat alles vor über 50 Jahren. Am 17. Mai 1973 reichte FDP-Landrat Roger Blum, Historiker und Journalist, einen Vorstoss ein, mit dem er die Baselbieter Regierung einlud, mit Basel über eine partnerschaftliche Trägerschaft für die Uni zu verhandeln. Bis dahin war allein die Stadt für die Hochschule verant-



Die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind zwischen der Basler Unirektorin Andrea Schenker-Wicki und Beat Oberlin, dem Präsidenten des Universitätsrats – ein Baselbieter. Foto: PD

wortlich, seit rund 500 Jahren ein wichtiger Bestandteil für den Aufstieg des Kantons, der auch deswegen weltweite Ausstrahlung geniessen durfte.

Blum wollte daran teilhaben. Er verlangte, dass dem Landrat ein Vertrag vorgelegt wird, der eine Beteiligung der Landschaft an der Universität ermöglicht. Diese Absichtserklärung stiess im Basler Kantonsparlament auf Resonanz. Im Grossen Rat erklärte man sich bereit, Mitwirkungsrechte an den Landkanton abzutreten. Die beiden Regierungen nahmen die Verhandlungen auf.

In diesem Stil sollte es jedoch nicht weitergehen. Bis eine vollständig gleichgestellte Trägerschaft zustande kam, vergingen 30 Jahre. Zwar wurde in den 1990er-Jahren mit einer vorwiegend Baselbieter Beteiligung ein

Verein gegründet, durch den das Verständnis gefördert werden sollte, dass eine starke Uni für alle Bevölkerungskreise in der ganzen Region wertvoll ist.

Doch viel mehr ist bis zur Gründung der bikantonalen Universität, die 2006 per Volksabstimmung besiegelt worden ist, nicht geschehen. Obschon um die Jahrtausendwende bereits mehr Studenten aus dem Baselbiet kamen, prägte die Uni die städtische Identität weitaus stärker als die der Landschaft – bis heute dürfte das übrigens der Fall sein, was unter anderem an der Tatsache liegt, dass sich das Zentrum der Hochschule nach wie vor in der Stadt befindet.

Zugleich gab es im konservativen Teil des Baselbiets schon in den 2010er-Jahren viel Kritik: Es hiess (allen voran in stadtfernen

Ortschaften), die Uni sei zu teuer und überdimensioniert.

Auch darum blieb die landschaftliche Beteiligung weiterhin fragil, obwohl beide Trägerkantone seit 2007 in Perioden von vier Jahren gleich hohe Beträge an die Uni überwiesen. Darüber hinaus liessen zunehmende finanzielle Schwierigkeiten im Baselbiet – vor allem bei den Bürgerlichen – Zweifel aufkommen, ob der gemeinsame Vertrag per se richtig sei. Die SVP drohte bereits damals mit der Kündigung.

Stadt sprang mit 80 Millionen Franken ein

2015 zeigte Basel jedoch, dass man es mit der Partnerschaft ernst meint: Da die Landschaft sparen musste, es aber nicht die Hochschule treffen sollte, sprang die Stadt ein und sprach dem

Nachbarn 80 Millionen Franken zu. Damit griff die Stadt natürlich auch einer vorzeitigen Auflösung der Unipartnerschaft vor. In der Tat herrschte anschliessend in beiden Kantonen kurzzeitig der Glaube, dass diese Massnahme der Auftakt sei, ein für alle Mal Ruhe in die gemeinsame universitäre Finanzierung zu bringen. (So weit sollte es nicht kommen.)

Einige Baselbieter rund um Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) pochten in der Folge darauf, dass künftig eine Fakultät auf Baselbieter Boden stehen sollte, nachdem dem Landkanton über Jahre ein Uni-Standort verweigert wurde. Die Pläne um das Uni-Quartier beim Dreispitz entstanden.

Da das Baselbiet vor der Coronakrise und direkt danach finan-

ziell gute Jahre hatte, blieb es noch verhältnismässig ruhig. Der Landkanton finanzierte die Hochschule mit über 100 Millionen Franken pro Jahr. Und 2021 wurde mit dem Gebäude für Sportwissenschaften unmittelbar neben der St.-Jakobs-Halle tatsächlich der allererste Neubau der Uni auf dem Gebiet des Kantons Baselland eröffnet.

Monica Gschwind vermeidet Unibekennnis

Manchmal aber wiegt die Vergangenheit schwer. Im Baselbiet, das sich 1833 in einem Freiheitskampf von den Städtern lossagte, wird die Finanzierung der Universität Basel im vergangenen Jahr auf einmal wieder zum ganz grossen Thema. Weil der Kanton erneut über Finanzprobleme und eine drohende Verschuldung berichtet, entwickelt sich die teure Uni abermals zum bevorzugten Sparobjekt. Die SVP will den Vertrag erneut als Ganzes kündigen, scheitert damit aber (vorerst?) im Parlament – allen voran, weil sich die Hochschule durch die Forderung in ihrer Existenz bedroht sieht.

Die Volkspartei gibt allerdings nicht auf. Erst kürzlich hat sie einen neuen Anlauf genommen, die Trägerschaft sowie die Volluniversität zu hinterfragen. Dass der Landkanton die Pläne des Dreispitz-Campus nun gestoppt hat, dürfte den Gegnern der Universität in die Karten spielen.

Gleichzeitig wird die Baselbieter Regierung in diesen Wochen beginnen, die Verhandlungen mit Basel-Stadt über die Unifinanzierung ab 2030 aufzunehmen. Wegen des Drucks der SVP ist es offen, ob hinter den Kulissen eine für beide Seiten befriedigende Vereinbarung ausgehandelt wird. Selbst Monica Gschwind, die sich sonst stets für die bikantonale Universität ausspricht, vermeidet im Interview mit der BaZ ein deutliches Bekenntnis.

Die Zukunft ist ungewiss. Klar ist: Die beiden Basel sind auch wegen der anhaltenden Debatten um den Univertrag im Clinch. Beziehungsstatus: schwierig.

Nach wie vor.